

---

# Rechtsextremismus als Posttransformationsphänomen – der Fall Ungarn

Melani Barlai/ Florian Hartleb

---

Melani Barlai, M. A., geb. 1982 in Pécs, Studium Magister Politikwissenschaft und Master Europäische Integration an der TU Chemnitz, Lehrbeauftragte (Anschrift: TU Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, Thüringer Weg 9, 09127 Chemnitz).

Dr. Florian Hartleb, geb. 1979 in Passau, seit November 2009 Besetzung einer Professur für Politikmanagement an der Internationalen Hochschule für Exekutives Management Berlin, 1999–2003 Magister Politikwissenschaft an der Eastern Illinois University (USA) und Universität Passau, 2004 Promotion (TU Chemnitz), 2005–2006 Referent im Deutschen Bundestag, 2006–2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Chemnitz (Anschrift: Institut für Politikmanagement, Am Seddinsee 43-45, 12527 Berlin).

## Abstract

The authors are of the opinion that, after successfully having consolidated democracy, Hungary is really shaken by right-wing extremism. With new actors and an openly national-socialist ideology, the latter may be interpreted as a post-transformation phenomenon in the context of a Hungary-specific situation of mixed influences. “Movement right-wing extremism” meshes party and street. It shows features of a “new social movement”, connected to a historic-symbolic framework openly referring to Fascism. The Jobbik movement makes old wounds and unsolved conflicts obvious, particularly the majority population’s general hatred towards Roma. Thus, right-wing extremism is a phenomenon originating from the midst of society. The population’s dissatisfaction with the elites is due to the populist, polarizing behaviour of the big parties. A militant democracy, distancing itself from extremist poles, is unknown in Hungary.

## I. Einleitung

Ungarn galt lange Zeit als Paradebeispiel für die schnelle, politische wie gesellschaftliche Überwindung einer langen Diktaturtradition. Die Transformation schien nur zehn Jahre nach dem Systemwechsel zu Beginn des 21. Jahrhunderts erfolgreich abgeschlossen. Ohne Revolution oder größere Konflikte konnte sich konsensual eine Demokratie etablieren, an der auch die Reformkommunisten von Anfang an partizipierten und sich Pfründe der Macht sicherten. Die Systemwechselforschung erkennt bis zum heutigen Zeitpunkt eine außerordentlich schnelle Demokratiekonsolidierung für den ostmitteleuropäischen Staat Ungarn. Qualität wie Stabilität unterschieden sich demnach nicht mehr wesentlich von den westeuropäischen Demokratien.<sup>1</sup> Auch Parteien- und Regierungs-

---

1 Vgl. Wolfgang Merkel, Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. In: Politische Vierteljahresschrift, 48 (2007) 3, S. 413–433, hier 426.

system haben sich konsolidiert,<sup>2</sup> zumal es, anders als etwa in Polen und Tschechien, zu keinen vorgezogenen Neuwahlen oder anderen formalen Krisensymptomen kam.

Dennoch vertreten die Autoren die These, dass Extremismus und Populismus als Posttransformationsphänomene demokratiegefährdende Potentiale haben. Aus extremismustheoretischer Perspektive müssten sogar die Alarmglocken schrillen. Im „heißen Herbst“ von 2006 kam es auf dem Vorplatz des Parlamentsgebäudes (Kossuth-Platz) zu „postmodernen riots“.<sup>3</sup> Alte ungelöste Konflikte werden durch die Akteure instrumentalisiert. Schlimmer noch: Ungarn befindet sich in einer tiefen politischen und moralischen Krise. Ein Staatsbankrott konnte 2009 nur mit Hilfe eines Kredits der EU und des IWF in Höhe von 6,5 Milliarden Euro vermieden werden.<sup>4</sup> Die innenpolitische Handlungsunfähigkeit ließ Gefühle der Unzufriedenheit und Enttäuschung in der Gesellschaft zurück. Die „Depression“ der Bevölkerung, die im März 2009 einen negativen Rekordwert auf dem Stimmungsbarometer erreichte,<sup>5</sup> ist nun auf allen Ebenen spürbar und beschert gerade dem Rechtsextremismus dramatischen Zulauf. Die spezifische ungarische Konstellation lässt sich nach Meinung der Autoren nur schwer mit der in den anderen ostmitteleuropäischen Staaten vergleichen, wie wohl auch dort ein „Post-EU-Beitrittssyndrom“<sup>6</sup> um sich greift.

Der folgende Beitrag umfasst den gesamten Zeitraum seit 1990, da sich ansonsten die aktuellen Herausforderungen kaum evaluieren lassen. Zunächst werden die Rahmenbedingungen für Extremismus mit Blick auf die institutionellen Muster und Konfliktstrukturen beleuchtet. Es folgt eine Analyse der

---

Renommiertere Transformationsbarometer wie Freedom House oder Bertelsmann Transformation Index sprechen schon seit längerem von einer konsolidierten Demokratie, nehmen aber die jüngsten Erschütterungen zur Kenntnis.

- 2 Vgl. Zsolt Enyedi, *The Survival of the Fittest: Party System Concentration in Hungary*. In: Susanne Jungerstam-Mulders (Hg.), *Post-Communist EU Member States: Parties and Party Systems*, Aldershot 2006, S. 177–202.
- 3 So der ungarische Politikwissenschaftler Máté Szabó zu den Unruhen in Budapest vom Herbst 2006: Vgl. Máté Szabó, A „forró ősz“ 2006-ban Budapesten – értelmezési kísérlet politológiai-politikai szociológiai szempontból [Der „Heiße Herbst“ 2006 in Budapest. Interpretation unter politologischen, politischen sowie soziologischen Gesichtspunkten]. In: Péter Sándor/László Vass (Hg.), *Magyarország politikai évkönyve 2006-ról* [Politisches Jahrbuch Ungarns 2006], Budapest 2007, o.S. Mit dem Begriff „Riot“ benannte Antony Oberschall die Straßenaufstände in Los Angeles im Jahre 1965 als eine Form „sozialer Bewegung“. Vgl. Antony Oberschall, *Social Movements. Ideologies, Interests, Identities*, New Brunswick 1993.
- 4 Vgl. Nadine Oberhuber, *Hilfshaltungen. Teure Unterlassung*. In: [www.faz-net](http://www.faz-net) vom 16. 3. 2009 (Stand: 16. 3. 2009).
- 5 Vgl. die Umfrageergebnisse vom 27. 3. 2009 des Meinungsforschungsinstitutes Forense. Diese berichten über einen Rekord der negativen Stimmungswerte, wonach 82 Prozent der Bevölkerung pessimistisch in die Zukunft blicken. Vgl. [www.szazadveg.hu/kutatas](http://www.szazadveg.hu/kutatas) (Stand: 2. 4. 2009).
- 6 So Attila Ágh, *Hungarian Politics in The Early 21<sup>st</sup> Century: Reforms and Post-EU Accession Crisis*. In: *Südosteuropa Mitteilungen*, 48 (2008) 2, S. 68–81.

Großparteien Fidesz und MSZP, die für die politische wie gesellschaftliche Polarisierung maßgeblich verantwortlich zeichnen. Um der vergleichenden Extremismusperspektive gerecht zu werden, wird die gesamte Entwicklung des Rechtsextremismus in Ungarn dargestellt. Populismus und Rechtsextremismus spielten in der Transformationsphase eine kurzzeitig beachtenswerte Rolle. Eine eigene Darstellung erfährt der aktuelle Rechtsextremismus um die Jobbik-Bewegung, der sich parteiförmig wie subkulturell manifestiert. Der Linksextremismus wiederum fristet ein Schattendasein. Am Ende wird die aktuelle Brisanz des Rechtsextremismus in einen breiteren Zusammenhang gestellt und mit der weiteren Entwicklung des Posttransformationslandes Ungarn verknüpft.

## II. Rahmenbedingungen

### 1. Institutionelle Faktoren

Der politische Extremismus in Ungarn stößt auf wenige staatliche Einschränkungen. Parteien können sich nach der ungarischen Verfassung frei gründen und betätigen (Art. 3). In der Verfassung und den konstitutionellen Regeln findet sich keine Vorschrift über ein Parteiverbot. Lediglich Art. 63 Abs. 2 der Verfassung verbietet die Gründung von politischen Zwecken dienenden bewaffneten Organisationen. Ein ordentliches Gericht kann nach Klageerhebung durch einen Staatsanwalt als ultima ratio eine gesellschaftliche Organisation auflösen, falls deren Tätigkeit eine Straftat mit Rechtsverletzung für einen anderen darstellt. Der Verstoß selbst muss schwerwiegend sein.<sup>7</sup> Nach den Regularien des Vereinsrechts könnte dann die Staatsanwaltschaft Anklage erheben. Bislang kam das Verbot nicht zur Anwendung. Abwehrmechanismen, wie sie in Deutschland als „wehrhafte Demokratie“ existieren, sind kaum vorhanden, da Ungarn ein im europäischen Vergleich sehr liberales Versammlungsrecht besitzt.<sup>8</sup> Unter diesen staatsrechtlichen Rahmenbedingungen kann der Extremismus durch die Möglichkeit der öffentlichen Zurschaustellung und Sammlung gedeihen.

Gegen die rechtsextremistische, im August 2007 gegründete Ungarische Garde wurde bei der Staatsanwaltschaft Budapest ein Verbotsverfahren eingeleitet. Das Budapester Berufungsgericht bestätigte am 2. Juli 2009 das erstinstanzliche Verbot des Trägervereins der Garde vom Dezember 2007. In der Begründung hieß es, die Aktivitäten der Garde hätten die Rechte einer Vereinigung im Sinne des Vereinsgesetzes übertreten und die bürgerlichen Rechte der Roma beein-

7 Vgl. dazu Katerina Kontopodi, Die Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zum Verbot politischer Parteien, Baden-Baden 2007, S. 135 f.

8 Vgl. Michael Frank, Gefährliche Nebenwirkungen der Meinungsfreiheit. Ungarns Demonstrationsrecht ist eines der liberalsten in Europa – rechtsextreme Schlägertrupps profitieren davon. In: Süddeutsche Zeitung vom 15. 7. 2008, S. 8.

trächtig. Als Folge des Verbots hatten mehrere tausend Anhänger am 11. Juli 2009 in Budapest die „Wiederbelebung“ der Ungarischen Garde in Form einer „Bewegung“ verkündet. Mittlerweile zeichnet sich eine Radikalisierung im subkulturellen Spektrum ab, die an den deutschen Rechtsextremismus erinnert.

## 2. Wiederaufflammen historischer Konfliktmuster

Die Prägekräfte für einen Extremismus „in der Mitte der Gesellschaft“ resultieren aus dem Umstand, dass es in Ungarn an einer historisch gewachsenen demokratischen Kultur mangelt. Vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zum Zusammenbruch des Sozialismus stand das Land, mit Ausnahme von 1945 bis 1948, unter autoritärer Herrschaft. Ein aktuell-politischer Anlass bringt die historische Dimension als Ursache für Rechtsextremismus zum Vorschein. In der benachbarten Slowakei ist mit der Slowakischen Nationalpartei eine Kraft an der Regierung, die bewusst anti-ungarische Ressentiments schürt. Das hängt mit der besonderen Situation der Auslandsungarn zusammen. Mehr als zwei Millionen ethnische Ungarn leben außerhalb des Nationalstaats: im rumänischen Siebenbürgen, in Serbien, der Ukraine sowie der Slowakei. Durch den am 4. Juni 1920 unterzeichneten Vertrag von Trianon als Folge des Ersten Weltkriegs verlor Ungarn zwei Drittel seines Territoriums. Lösungsmodelle wie eine doppelte Staatsbürgerschaft der Auslandsungarn werden von den Eliten immer wieder diskutiert.<sup>9</sup> Sie bergen durch die Brisanz der „nationalistischen“ Thematik extremistische Potentiale.<sup>10</sup>

Antisemitismus ist in Ungarn ein wenig aufgearbeitetes Thema: Nach der Besetzung Ungarns wurden rund 450 000 ungarische Juden durch die Nationalsozialisten und unter dem Regime von Miklós Horthy im Sommer 1944 nach Auschwitz deportiert. Nach dem Holocaust war im realsozialistischen Ungarn der Antisemitismus offiziell verpönt.<sup>11</sup> In Erinnerung an die Judenvernichtung führte die Fidesz-Regierung unter Viktor Orbán im Jahr 2001 einen offiziellen Holocaust-Gedenktag ein. Offen verlautbarter Antisemitismus ist in Ungarn weniger als beispielsweise in Polen zu finden. Dennoch gibt es bei diesem Thema keine Entwarnung: Der Antisemitismus besteht in Ungarn aus verbalen Entgleisungen, die in erster Linie auf Vorurteilen aus dem 19. Jahrhundert basieren.

9 Die Fidesz-Partei trug nach ursprünglicher Ablehnung ein Referendum vom 5.12.2004 mit, ob die jenseits der ungarischen Grenze lebenden Magyaren eine „doppelte Staatsbürgerschaft“ bekommen sollten. Sie betonte die patriotische Notwendigkeit dieses Schrittes, während die Sozialisten die hohen finanziellen Belastungen für den Staatshaushalt ins Feld führten. Nach ungarischem Brauch spitzte sich die Diskussion auf die Frage zu, wer zur Nation gehöre und wer Verräter am eigenen Land sei. Das Referendum scheiterte aber.

10 Vgl. Thomas von Ahn, Staat, Nation, Europa, Ungarn und die Auslandsungarn. In: Osteuropa, 57 (2007) 11, S. 177–194.

11 Vgl. András Kovács (Hg.), A modern antisemitizmus [Moderner Antisemitismus], Budapest 1999.

So fallen antisemitische Äußerungen immer wieder im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.<sup>12</sup>

Weit schlimmer als die Vorurteile gegenüber Juden, die eher kodiert artikuliert werden, sind diejenigen gegenüber den Roma.<sup>13</sup> Demokratieschutz bedeutet immer auch Minderheitenschutz. Dieser existiert für Roma jedoch faktisch nicht. Die Roma bilden für Ungarns Rechtsextremisten das zentrale Feindbild. Sie sind die Parias der ungarischen Gesellschaft<sup>14</sup> und haben von der Transformation nicht profitiert – im Gegenteil.<sup>15</sup> Mit dem Zusammenbruch der „sozialistischen Großindustrie“ erfolgte eine rasche Reduzierung der in der Industrie Beschäftigten, die besonders stark die untere Gesellschaftsschicht mit geringer Schulbildung traf. Heute bilden die Roma die größte Minderheit Ungarns mit einer Bevölkerungszahl von schätzungsweise 700 000, was sieben Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. Die Arbeitslosenquote dieser Bevölkerungsgruppe liegt je nach regionalen Schwerpunkten zwischen 50 und 90 Prozent, in einzelnen ausschließlich von Roma bewohnten Dörfern im Grenzgebiet Ungarn-Slowakei sogar bei 100 Prozent.<sup>16</sup> Die Ursachen dafür finden sich einerseits in der niedrigen Schulbildung, andererseits in der Tatsache, dass die Exklusion, also die soziale, kulturelle, ökonomische sowie politische Ausgrenzung, die Geschichte der Roma prägt.

Die Mehrheit der Roma ist nicht in den Arbeitsprozess integriert; es fehlt ihnen der Kontakt zur Mehrheitsbevölkerung. Dieser Hintergrund bestimmt die fundamentale Ablehnung der Roma seitens der Mehrheitsbevölkerung. Im politischen Prozess kommt ihnen neben ihrer „Feindbildrolle“ keine Bedeutung zu.<sup>17</sup> Gerade in den letzten Monaten stieg die Gewalt gegen Roma an. Im Febru-

- 
- 12 Speziell das Kossuth Rádío. Die Tageszeitung Magyar Hírlap (im Internet zu finden unter [www.magyarhirlap.hu](http://www.magyarhirlap.hu)) diffamiert regelmäßig jüdische Bürger. Verantwortlich dafür ist der Industrielle Gábor Szeles, der das einst liberale Blatt vor einigen Jahren übernahm.
- 13 Vgl. Pal Tamas, *Radical Right in the contemporary Hungary*, Working Paper für eine internationale Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Rechtsextremismus in Europa am 30.11.2009 in Berlin.
- 14 Belege dafür finden sich auch im Internet. Ein kursierendes Lied lautet „Majmok“ – „Affen“. Es diffamiert die Roma im Land als Sozialschmarotzer. Jeder kann das Lied im Internet-Portal „You Tube“ abrufen. „Ich verdiene die Stütze, von der ihr lebt“, heißt es sinngemäß im Text. Im Refrain werden die ungarischen Roma-Familien als Affen titulierte.
- 15 Vgl. Melani Barlai/Florian Hartleb, *Die Roma in Ungarn*. In: APuZ, 59 (2009) 29–30, S. 33–39.
- 16 Vgl. Flórián Farkas, *Óriási mértékben emelkedhet az analfabétizmus*, <http://www.romnet.hu/hirek/hir0608121>, Budapest, 12.9.2006 (Stand: 30.10.2009).
- 17 Für die Europawahl von 2009 trat die Roma-Partei MCF an, was von den Romavertretern aus den anderen Parteien wegen der Aussichtslosigkeit scharf kritisiert wurde. Ohne Wahlprogramm bekundete sie, für alle zwölf Millionen Roma in Europa eintreten zu wollen. Als Spitzenkandidat fungierte der 21-jährige Zsolt Kis. Als erste Romapartei überhaupt trat die 2006 gegründete Formation „MCF Roma összefogás“ zur nationalen Wahl im selben Jahr an und kam auf 0,08 Prozent der Stimmen; bei der Europawahl erhielt sie 0,46 Prozent.

ar 2009 wurde in Tatárszentgyörgy, 50 km südwestlich von Budapest, bei einem Brandanschlag ein Vater mit seinem fünfjährigen Sohn getötet. Viele der 54 Angriffe auf Roma in den letzten eineinhalb Jahren blieben unaufgeklärt. Die US-Bundespolizei FBI hilft nach der drastischen Häufung an Gewalt nun bei den Ermittlungen.<sup>18</sup> Seriöse ungarische Soziologen beschwören bereits bürgerkriegsähnliche Zustände in naher Zukunft. Die demographische Entwicklung, die Erhöhung der Romapopulation,<sup>19</sup> könnte aus der düsteren Prophezeiung Wirklichkeit werden lassen. Durch die allgemeine wirtschaftliche und moralische Misere in der Posttransformation eignet sich die Minderheit als Sündenbock. Die Roma, nach wie vor „Fremde in Europa“, sind tatsächlich „anders“, verschließen sich mit eigenen Gewohnheiten der Mehrheitsgesellschaft.<sup>20</sup> Bei einer aktuellen Befragung von 2 500 Menschen der Mehrheitsbevölkerung zeigten sich aber 80 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass die Roma genauso leben müssten wie sie selbst. Ebenso gaben 84 Prozent an, die Sorgen der Roma könnten gelöst werden, wenn sie endlich zu arbeiten anfangen. Daran fehle ihnen aber der Wille.<sup>21</sup>

### III. Populismus der Großparteien

#### 1. Vorbemerkung

Insbesondere die Wahlkämpfe von 2002 und 2006<sup>22</sup> waren von Aggressivität, Freund-Feind-Denken und Verschwörungstheorien bis hin zu Spitzelvorwürfen<sup>23</sup> geprägt. Das sind Elemente, welche die westlich geprägte normative Extre-

18 Vgl. o.A.: Ungarn erhält FBI-Hilfe bei Ermittlungen. In: Der Standard online ([www.derStandard.at](http://www.derStandard.at)) vom 4. 5. 2009 (Stand: 5. 2. 2010).

19 Einige Wissenschaftler prognostizieren bis zum Jahr 2050 sogar einen Bevölkerungsanteil von zehn Prozent, was sich infolge der starken Geburtenrate als durchaus realistisch erweisen könnte.

20 So die eigenen Erfahrungen der „Unzugänglichkeit“ von Melani Barlai im Rahmen einer Feldforschung zur Lebenssituation der Roma in Pécs (im Rahmen einer Bachelorarbeit, TU Chemnitz 2005).

21 Vgl. Umfrage des Progressive Instituts, zitiert nach [www.balaton-zeitung.info](http://www.balaton-zeitung.info) vom 3. 5. 2009 (Stand: 18. 5. 2009).

22 Vgl. zum Wahlkampf von 2006 Ervin Csizmadia, Ungarn sucht den Superstar. Die ungarischen Parlamentswahlen 2006. In: Osteuropa, 56 (2006) 5, S. 75–86.

23 Für Empörung bei den Wählern sorgte vor allem eine als „Watergate an der Donau“ bekannt gewordene Affäre. Fidesz-Mitglieder hackten sich illegal in den Server von MSZP ein. Es wurden knapp 3 000 geheime Dokumente heruntergeladen – darunter angeblich auch die detaillierten Wahlkampfpläne der Parteispitze. Die Parteiführung versuchte den Vorfall erfolglos herunterzuspielen. Der Fidesz-Wahlkampfleiter Antal Rogan sagte, „übereifrige“ Helfer hätten eine „Dummheit“ begangen. Vgl. Tobias Lill, Ungarn. Watergate an der Donau. In: Spiegel-online vom 7. 4. 2006 (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,410180,00.html>, Stand: 9. 6. 2006). Schon im Wahl-

mismustheorie als typische Merkmale von Extremismus und extremistischem Denken ansieht. Der so beschriebene Extremismus steht im direkten Gegensatz zu den Werten des demokratischen Verfassungsstaats.<sup>24</sup> Der Fidesz hat wählerperspektivisch eine harsche Wendung bis hin nach „rechtsaußen“ vollzogen. Dieser Schritt war auch deshalb möglich, weil die Partei nie ein echtes bürgerliches Manifest ausarbeitete.

Ein antiextremistischer Konsens besteht nicht, da sich die gesellschaftliche Spaltung in der Polarisierung der Großparteien, der sozialistischen MSZP und dem bürgerlichen Fidesz, widerspiegelt. Die Lagerbildung um MSZP und Fidesz signalisiert die Polarisierung des Parteiensystems und der politischen Kultur des Landes, die sich in Form von andauernder medialer Konfrontation sowie Hasspolemik der beiden Großparteien entlädt. Um die Parteien haben sich „pillars“<sup>25</sup> herausgebildet, die als Netzwerk- und Systemhinterhöfe die Gesellschaft entlang der Parteienblöcke teilen.<sup>26</sup> Die parteipolitische Polarisierung als Folge des Dualismus zwischen den Großparteien führt zu fast extremistischen Verhaltensmustern.<sup>27</sup> Der von den Großparteien forcierte Memorialkonflikt zum 50-jährigen Gedenken an „1956“ – blutige Unterdrückung einer demokratischen Revolution oder abgewehrte Konterrevolution als Geburtsstunde eines sozialistischen Wohlfahrtsstaats – führte zu Hassrhetorik und zum Symptom einer anhaltenden Identitätskrise, einer „malaise hongroise“.<sup>28</sup>

## 2. Fidesz

Die Fideszpartei entwickelte sich vor der Transformation aus einem Kreis junger oppositioneller Intellektueller. In dieser Phase gelangte Viktor Orbán zu Berühmtheit, als der gerade 26-Jährige am 16. Juni 1989 bei der feierlichen Umbettung des von den Sowjets exekutierte Ministerpräsidenten Imre Nagy – bis heute als Held von 1956 gefeiert – vor 150 000 Menschen eine vielbeachtete Grabrede hielt, in der er mutig den Abzug der Sowjettruppen forderte. Ziel war nicht eine Fortsetzung oder Wiederbelebung des damaligen Aufstandes, sondern ein friedlicher Übergang, mittels dessen die Ziele von 1956 verwirklicht

---

kampf 2002 brachte Fidesz Gerüchte über eine Wahlfälschung von Sozialisten in Umlauf.

- 24 Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus im demokratischen Verfassungsstaat. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989.
- 25 Zsolt Enyedi/András Körösiényi, Pártok és pártrendszer [Parteien und Parteiensysteme], Budapest 2001, S. 55–75.
- 26 Máté Szabó, A „forró ősz“ 2006-ban Budapesten.
- 27 Vgl. András Körösiényi, A jobboldal elhúzózó válsága [Lange Krise der Rechten]. In: Honi Figyelő [Nationale Rundschau], 12 (2007) 4, S. 4–10, hier 8.
- 28 So Stefan Troebst: Budapest oder Batak? – Postkommunistische Erinnerungskulturen im östlichen Europa. In: Uwe Backes/Tytus Jaskulowski/Abel Polese (Hg.), Totalitarismus und Transformation. Defizite der Demokratiekonsolidierung in Mittel- und Osteuropa, Göttingen 2009, S. 335–342, hier 335.

werden sollten.<sup>29</sup> Aus dieser Bewegung namens *Fiatal Demokraták Szövetsége*, kurz *Fidesz*,<sup>30</sup> heraus gelang es, eine antikommunistische Generationenpartei (die Mitglieder mussten anfangs unter 35 Jahre sein) zu formieren. Das Wahlplakat von 1990 präsentierte den innigen Kuss zwischen Breschnew und Honecker mit der ironischen Botschaft „Bitte wählen!“; darunter war als „Kontrastfolie“ mit dem *Fidesz*-Logo ein Kuss eines jungen, attraktiven Paares abgebildet.<sup>31</sup>

Die Partei trug anfänglich liberale, konservative und christliche Züge, war Mitglied der Liberalen Internationale. Ab Mitte der 1990er Jahre wandelte sie sich zu einer „national-konservativen“ Partei und schloss sich der Europäischen Volkspartei (EVP) an. Der *Fidesz* ist dennoch zu keinem Zeitpunkt eine konservative Partei nach westlichem Verständnis gewesen. Der Begriff „konservativ“ ruft in der ungarischen Tradition ganz eigene Konnotationen hervor. Angehörige des Habsburger Hofes im 19. Jahrhundert titulierten sich als „konservativ“, ebenso „Nationalgesinnte“.

Der *Fidesz* trachtete schon in seiner Regierungszeit zwischen 1998 und 2002 danach, die Einheit des nationalen Lagers herzustellen und eine Abgrenzung zu den Sozialisten vorzunehmen. Im Vokabular fanden sich zu diesem Zweck bei führenden Politikern Begriffe wie „Feind“ oder „Landesverräter“ wieder.<sup>32</sup> Kritische Stimmen aus dem In- und Ausland rücken Viktor Orbán immer wieder in die Nähe eines Populisten, der bewusst mit extremistischer Rhetorik jongliert.<sup>33</sup> Nach den verlorenen Wahlen von 2002 und 2006 griff Orbán als Protagonist seiner Partei zu einer außerparlamentarischen Mobilisierungsstrategie. Er hatte Probleme, die demokratischen Wahlniederlagen von 2002 und 2006 zu akzeptieren. Unmittelbar nach der für viele Beobachter überraschenden ersten Niederlage von 2002 äußerte der abgewählte Ministerpräsident sinngemäß im Radio, eine Nation könne sich nicht in Opposition befinden. Im gleichen Atemzug verkündete er die Schaffung einer bürgerlich konnotierten „neuen sozialen Bewegung“.<sup>34</sup>

29 Vgl. grundlegend und umfassend, nun in deutscher Übersetzung: János Rainer, Imre Nagy. Vom Parteisoldaten zum Märtyrer des ungarischen Volksaufstands. Eine politische Biographie 1898–1958, Paderborn 2006.

30 Das Wort stammt aus dem lateinischen *fides* und bedeutet Treue, Glaube.

31 Vgl. János Simon, *Politikai stílus és kampánykommunikáció. A parlamenti pártok politikai stílusának változása* [Politische Stil und Wahlkampfkommunikation. Die Veränderung des politischen Stils der Parlamentsparteien]. In: Péter Sándor/László Vass (Hg.), *Magyarország politikai évkönyve 2001-ről* [Politisches Jahrbuch Ungarns 2001], Band 1, Budapest 2002, o. S.

32 Vgl. Andreas Schmidt-Schweizer, *Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteienherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase*, München 2007, S. 375.

33 So József Bayer, *Die Fidesz im Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungspartei*. In: Susanne Frölich-Steffen/Lars Rensmann (Hg.), *Populisten an der Macht: Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa*, Wien 2005, S. 173–189.

34 Vgl. Aufruf Viktor Orbáns zur Gründung ziviler Bürgerkreise. In: 16 Óra (16 Uhr/Hörfunksendung), öffentlich-rechtliches Kossuth Rádió vom 26. 5. 2002, 16.00 Uhr.



Nach der gleichermaßen knappen wie überraschenden Wahlniederlage von 2002 rief die Partei zur Gründung von bürgerlichen Vereinen (polgári körök) unter dem Namen „Hajrá Magyarok!“ (Vorwärts, Ungarn!)<sup>35</sup> nach dem Vorbild von Silvio Berlusconi's „Forza Italia“ auf. Mit dieser außerparlamentarischen Strategie sollte die strukturelle Schwäche im Vergleich zur nun regierenden sozialistischen Regierungspartei behoben werden. Das Ziel bestand darin, eine bürgerliche Werteordnung für die ungarische Nation zu schaffen.<sup>36</sup> In diese Bürgerkreise fanden auch Rechtsaußengruppierungen Eingang, was die Trennung zwischen Demokraten und Extremisten aufweichte. Der Fidesz distanzierte sich auf der Suche nach gesellschaftlichen Verbündeten mittels einer starken Identitätspolitik nicht ausreichend von diesen Gruppierungen.

In der erhitzten Atmosphäre rund um die Demonstrationen im Herbst 2006 blieben Fidesz-Politiker aus Protest den Parlamentssitzungen der Regierung fern. Viktor Orbán versuchte, mit einer Politik des Verbalaktionismus Druck auszuüben und seine Anhänger – nach dem unerwarteten elektoralen Scheitern – zufriedener zu stellen. Er richtete wüste Drohungen an die Regierung, stellte Rücktrittsultimaten und brachte die nicht näher konkretisierte Idee einer Expertenregierung als Kontrastfolie zur aktuellen Regierung ins Spiel.

Die Fidesz-Galionsfigur ist allerdings kein Extremist, zumindest nicht deutlich nachweisbar. 2001 ließ Orbán als ungarischer Ministerpräsident den Holocaust-Gedenktag einführen, an dem seither alle parlamentarischen Parteien der Opfer des Holocausts gedenken. Sein Handeln ist dennoch durch pures machtpolitisches Interesse gesteuert. Im Wahlkampfjahr 2002 unterstützte er beispielsweise den Bau des „Hauses des Terrors“ in Budapest, das sich der extremistischen Vergangenheit des Landes, des Kommunismus (Schwerpunkt: stalinistische Epoche und die düsteren Jahre des Regimes von Mátyás Rákosi) wie des Faschismus annimmt, wobei letzterer in den Hintergrund gedrängt wird. Die Verfolgung von Juden und Roma spielt keine Rolle; eine Differenzierung innerhalb der kommunistischen Epoche fehlt.<sup>37</sup> In einer Zeit, in der die Spaltung der politischen Kultur und insbesondere der politischen Elite zwischen „rechts“ und „links“ immer tiefer wurde, erschien die Initiative Orbáns als ein ideales Wahlkampfinstrument. Ihre bedeutende Rolle für die – instrumentalisierte – ungarische Vergangenheitsbewältigung der kommunistischen Ära steht dennoch außer Frage.<sup>38</sup> Distanz zum Rechtsextremismus lässt Orbán vermissen.

35 So auch das zentrale Motto auf seiner Homepage [www.orbanviktork.hu](http://www.orbanviktork.hu) (Stand: 8.5.2009).

36 Vgl. Árpád von Klimó, Ungarn seit 1945, Göttingen 2006, S. 61.

37 Vgl. Andreas Schmidt-Schweizer, Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteiensherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase, München 2007, S. 362.

38 Das Museum ließ sich konzeptionell von anderen Aufarbeitungsstätten wie dem Okkupationsmuseum im lettischen Riga inspirieren (Auskunft der Leiterin Mária Schmidt bei einem Gespräch im Februar 2008 mit den Autoren in Budapest). Vgl. den offiziellen Katalog zur Ausstellung: Mária Schmidt (Hg.), Terror Háza. Haus des Terrors, Budapest 1062, Andrassy Straße 60, Budapest 2003.

Bei der Europawahl 2009 konnte Fidesz mit 56,37 Prozent einen haushohen Sieg verbuchen, ein später Erfolg des populistischen Oppositionskurses zu Lasten der allgemeinen Glaubwürdigkeit der Politik im Lande. Im Vorfeld der Parlamentswahl 2010 grenzte er sich, eine deutliche Mehrheit seiner Partei und das erneute Amt des Ministerpräsidenten vor Augen, kaum vom erstarkten Rechtsextremismus ab. Er äußerte zwar, eine Stimme für die rechtsextremistische Jobbik sei eine verlorene, nahm dabei aber nicht Bezug auf die Dichotomie Demokratie/Extremismus. Vielmehr argumentierte er machtpolitisch und stellte die rhetorische Frage: „Was kann eine Partei mit bestenfalls 10–15 Prozent der Wählerstimmen ausrichten?“<sup>39</sup> Die Jobbik wird auf eine Stufe mit den bekämpften Sozialisten gestellt, gar als Ausgeburt der MSZP bezeichnet. Fidesz und Jobbik haben auf kommunaler Ebene in den vergangenen Jahren immer wieder kooperiert. Beide Parteien bildeten in der westungarischen Stadt Székesfehérvár 2006 eine gemeinsame Fraktion, die allerdings aus taktischen Motiven im Vorfeld der Parlamentswahl von 2010 abrupt beendet wurde.

### 3. Postkommunisten in liberaler Transformation: Die MSZP

Die MSZP (Magyar Szocialista Párt) kann als Nachfolgepartei der Kommunistischen Partei Ungarns angesehen werden. Besonders Anfang der 1990er Jahre gewann sie ihre Wählerbasis aus der einstigen kommunistischen Nomenklatura und der neuen, sozialistischen Mittelschicht. Ihre Mitarbeiter und Abgeordneten rekrutierte die MSZP in den 1990er Jahren vornehmlich aus hauptamtlichen Parteifunktionären. Eine glaubwürdige Verankerung als sozialdemokratische Mitte wurde ihr durch die Abspaltung einer orthodoxen Strömung, der Ungarischen Arbeiterpartei (MP), erleichtert. Die MSZP konnte sich zu einer sozialistischen Großpartei, zu einer Partei der weitgehend unideologischen Pragmatiker und Technokraten mit dem Ziel der Westanbindung entwickeln.<sup>40</sup> Eine Aufarbeitung der Vergangenheit fand nur begrenzt statt. Die Partei will von der eigenen Geschichte kaum etwas wissen, da sie sich als eine neue, vorwärtsgerichtete Partei ohne ideologische Fesseln aus der Vergangenheit betrachtet.

Die MSZP profitiert von einer weit verbreiteten Nostalgie für den sogenannten Gulasch-Kommunismus. Als Gulasch-Kommunismus bezeichnet man das ab 1968 von dem ungarischen KP-Führer János Kádár eingeführte wirtschaftliche Reformprogramm, welches das Leben in einer repressiven Diktatur unter sowjetischem Signum erträglich machen sollte. Der Kádársche Plan beinhaltete die Reorganisation der Landwirtschaft, die Förderung von Privatinitiativen und die

39 Orbán zu Jobbik. In: Pester Lloyd vom 9.2.2010, [http://www.pestierloyd.net/2010\\_06/06orbkritik/06orbkritik.html](http://www.pestierloyd.net/2010_06/06orbkritik/06orbkritik.html) (Stand: 10.2.2010).

40 Vgl., allerdings ohne Erwähnung der Extremismustheorie, aus komparatistischer Perspektive Kai-Olaf Lang, Postkommunistische Nachfolgeparteien im östlichen Mitteleuropa. Erfolgsvoraussetzungen und Entwicklungsdynamiken, Baden-Baden 2009.

Selbständigkeit der Unternehmer. Durch die „Politik der kleinen Freiheiten“, welche die fehlende politische Legitimation nach 1956 kompensieren sollte, verbesserte sich der Lebensstandard der ungarischen Bevölkerung und übertraf den in Polen oder der Tschechoslowakei. Sie ist vielen noch präsent – gerade angesichts der heute oftmals schlechteren Lebenssituation im Vergleich zu der Zeit vor dem Systemwechsel. Die „kostenlosen“ Leistungen der kommunistischen Ära nach dem Prinzip „eine Hand wäscht die andere“ sind nachhaltig im Bewusstsein der Bevölkerung verankert. Weniger präsent hingegen ist das wirtschaftliche Desaster, das der Kádárismus u. a. wegen einer Finanzkrise Anfang der 1980er Jahre hinterließ und bis heute nachwirkt. 1982 stiegen die Auslandsschulden derart, dass das Land an den Rand der Zahlungsunfähigkeit geriet.

Die MSZP brach mit der kommunistischen Vergangenheit, ohne die Vergangenheitsbewältigung zu forcieren. Als Indikator dafür gilt die strukturelle Neuausrichtung.<sup>41</sup> Viel schneller als beispielsweise die deutsche PDS versöhnte sich die MSZP mit dem westlichen System einschließlich einer etwaigen Regierungspartizipation. Auch wirtschaftspolitisch nabelte sich die Partei von antikapitalistischem Denken ab. Früh setzte sie auf Privatisierungserlöse, die den ehemaligen Staatskadern in besonderem Maße zugute kamen.<sup>42</sup> Um schnell als demokratische Partei Anerkennung zu finden, bildete die MSZP nach den Parlamentswahlen von 1994 eine Regierungskoalition mit dem liberalen SZDSZ, obwohl die Partei dort die absolute Mehrheit erreicht hatte. Im Wahlkampf von 2002 fanden Begriffe wie die „Nation“ Eingang in das Parteivokabular, was intern aber umstritten blieb.

Eine Regierungs- und Koalitionskrise konnte nicht verhindert werden. Als Regierungschef realisierte Medgyessy die Wahlversprechen von 2002. Er erhöhte bedenkenlos Gehälter und Renten um 50 Prozentpunkte und löste durch unbedachte Personalpolitik im August 2004 (auch Ferenc Gyurcsány sollte als Minister entlassen werden) den eigenen Sturz aus. Der 1961 geborene, ebenfalls wie ein Technokrat wirkende Multimillionär Ferenc Gyurcsány übernahm das Amt sowie die Führungsrolle („vezér“) in der Partei. Die oberflächlich gehaltene Programmatik der MSZP verrät Marketingmethoden. Einst kommunistischer Jungfunktionär, gelang Gyurcsány Anfang der 1990er Jahre im Zuge der Privatisierungsturbulenzen zu Reichtum und stieg zu einem der vermögendsten Ungarn auf. Als Leitbild schwebt ihm, weit entfernt vom sozialistischen Planwirtschaftsdenken, ein wirtschaftspolitischer „dritter Weg“ vor, wie ihn der frühere britische Premierminister Tony Blair zu Beginn des neuen Jahrtausends als sozi-

41 Vgl. Anna Grzymala-Busse, *The Programmatic Turnaround of Communist Successor Parties in East Central Europe, 1989–1998*. In: *Communist and Postcommunist Studies*, 35 (2002) 4, S. 51–66.

42 Vgl. folgenden Paarvergleich Daniel F. Ziblatt, *The Adaption of Ex-Communist Parties to Post-Communist East Europe: a Comparative Study of the East German and Hungarian Ex-Communist Parties*. In: *Communist and Postcommunist Studies*, 31 (1998) 2, S. 119–137.

aldemokratische Positionsbestimmung predigte.<sup>43</sup> In seiner Regierungszeit stehen marktliberale Reformen im Mittelpunkt. Hintergrund dafür ist eine Verflechtung der Altfunktionärskader mit den privatisierten Staatsunternehmen. Im Wahlkampf von 2006 blieb das Programm bewusst vage, um den Spagat zwischen sozialistischer Stammwählerschaft und marktliberaler Öffnung mit schmerzhaften sozialen Einschnitten zu bewerkstelligen.

Der damalige Ministerpräsident warb in einer internen Sitzung im Rahmen des Parteitags in Balatonöszöd am 26. Mai 2006 für einen neuen Kurs der Ehrlichkeit und des Sparens. Die Wahlen kurz zuvor seien mit Lügen gewonnen worden. Sinngemäß äußerte er auf vulgäre Weise: „Wir haben beschissen und gelogen, morgens, tagsüber und abends! Wir haben es versaut!“ Die „Lügenrede“ wurde im Herbst desselben Jahres bekannt, da jemand aus den eigenen Reihen das Tonbandprotokoll den Medien zugespielt hatte. Sie kann nur vor dem Hintergrund, eine „Quadratur des Kreises“ bewerkstelligen zu wollen, verstanden werden. Das Bekanntwerden führte zu einem dramatischen Ansehensverlust der Politiker. Seither büßte die Partei an Glaubwürdigkeit ein und wurde durch dramatische Wählereinbußen bei der Parlamentswahl 2010 ins Mark getroffen.

Zunächst davon unbeeindruckt, verabschiedete die Regierung ein rigoroses Sparpaket, unter anderem eine 30-prozentige Erhöhung der Energiepreise, eine 5-prozentige Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und den öffentlichen Verkehr, die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge sowie die Einführung von Studien- und Rezeptgebühren. Diese Maßnahmen kamen „Fünf nach zwölf“. Ungarn wies inzwischen das größte Budgetdefizit innerhalb der gesamten EU auf. Die Folgen wirkten im April 2008, als der Koalitionspartner SZDSZ die Regierung verließ. Der Streit entzündete sich nach einem von Fidesz erfolgreich initiierten Referendum gegen Kernbestandteile der jüngsten Reformen (Praxis- und Studiengebühr sowie Tagesgebühr für Krankenhausaufenthalte). Gyurcsány entließ daraufhin die SZDSZ-Gesundheitsministerin Ágnes Horváth und provozierte damit den Koalitionsstreit. Er regierte vorerst mit einem Minderheitskabinett weiter, das die Liberalen von außen unterstützen. Eine Kabinettsumbildung sorgte dafür, dass mit István Gyene ein früherer MSZMP-Funktionär das Ministerium für die Selbstverwaltungen bekleidet. Offenbar sollte der symbolische Schulterschluss mit dem Kádárismus die Abwahl verhindern.

Am 21. März 2009 kündigte Ferenc Gyurcsány seinen Rücktritt als Ministerpräsident an; am 30. März gab er sein Amt als Parteivorsitzender auf, obwohl er kurz zuvor als Parteifrontmann bestätigt worden war.<sup>44</sup> Der taktische, scheinbar gut vorbereitete Zug war insofern nicht überraschend, als sämtliche Tageszeitungen bereits Wochen vor der Entscheidung mögliche Szenarien aufgrund der verfehlten Wirtschaftspolitik der Minderheitsregierung diskutierten. Der neue

43 Vgl. die Eigendarstellung Ferenc Gyurcsány, In *Mid-Journey. Forging Ahead Together: My Vision for Hungary's Future*, London 2006.

44 Vgl. [www.nol-online.hu](http://www.nol-online.hu) (Stand: 21. 3. und 30. 3. 2009).

Regierungschef Gordon Bajnai (MSZP), der bis dahin das Amt des Ministers für nationale Entwicklung und Wirtschaft bekleidete, sollte in der Rolle des Wirtschaftsexperten Ungarn aus der Krise führen. Doch die Europawahl von 2009 offenbarte, wie sehr die MSZP moralisch delegitimiert und als Regierungspartei verbraucht war. Die Sozialisten wurden mit 17,37 Prozent „abgestraft“.

#### IV. Entwicklung im Rechtsextremismus

Die Hauptursache für den gegenwärtigen subkulturellen und parteiförmigen Rechtsextremismus liegt in einem „schlummernden“ Rechtsextremismus, der bis zum Oktober 2006 eine konstante gesellschaftliche Begleiterscheinung war. Schon vor dem Systemwechsel, in den frühen 1980er Jahren, war der Rechtsextremismus zum Vorschein gekommen, vornehmlich in der Musikszene. Insbesondere Jugendliche aus der Arbeiterschicht begannen sich, wiewohl eher unpolitisch, zu organisieren. Neben dem Nationalstolz artikulierten sie Themen wie Romahass und Antikommunismus. Ende der 1980er Jahre ging diese Bewegung zu rassistischen Übergriffen über, die zu Beginn der 1990er Jahre ihre Fortsetzung fanden. Zu diesem Zeitpunkt waren es geschätzte 1 500 bis 2 500 Aktivist\*innen. Die Zahl verdoppelte sich Mitte der 1990er Jahre auf 4 000. Der erweiterte Kreis der in die Gesellschaft integrierten Sympathisanten fiel weitaus größer aus, nach einer Untersuchung des Nationalen Büros für Sicherheit geschätzte 160 000 Anhänger.<sup>45</sup>

Die rechtsextremistische<sup>46</sup> Ungarische Partei der Wahrheit und des Lebens (MIÉP) scheiterte beim erstmaligen nationalen Wahlantritt 1994 mit 1,6 Prozent deutlich am Parlamentseinzug. Nach dem Ausbau der Parteistruktur gelang es der MIÉP, bei den nationalen Wahlen 1998 in das Parlament einzuziehen, wo sie 5,5 Prozent der Stimmen erreichte. Diesen Erfolg konnte sie in der kommenden Wahl von 2002 mit 4,4 Prozent (sie verfehlte knapp den Parlamentseinzug) nicht wiederholen. Seit der Parlamentswahl von 2002 ist die Partei marginalisiert. Personelle und inhaltliche Gegensätze traten an die Oberfläche. Um den extremistischen Kurs etwas abzuschwächen, unternahmen die „Reformer“ den erfolglosen Versuch, den autoritären Parteichef Csurka abzulösen. Inzwischen wirkt die Partei mit ihrem 1934 geborenen Vorsitzenden längst anachronistisch, obwohl sie immer noch 7 000 Mitglieder hat. Das taktische Bündnis von MIÉP

45 Vgl. László Karsai, *The Radical Right in Hungary*. In: Sabrina P. Ramet (Hg.), *The Radical Right in Central and Eastern Europe since 1989*, Pennsylvania 1999, S. 133–146, hier 146.

46 Sie erfüllt die Kriterien einer rechtsextremistischen Partei – mit rassistischem Unterton. So äußerte István Csurka, der biologisch-genetische Bestand des Ungarntums sei durch die Roma gefährdet. Die sozialistische Vergangenheit wird äußerst kritisch betrachtet; der Systemwechsel sei ein Trick der moskauhörigen Eliten gewesen, ihre Pfründe in eine andere Epoche hinüberzuretten.

und der neuen Rechtsaußenformation Jobbik bei der Parlamentswahl von 2006 hatte keinen Erfolg; es erreichte nur 2,2 Prozent der Stimmen und zerfiel anschließend.<sup>47</sup> Nach dem Misserfolg brachen Streitigkeiten aus, die zu einer Trennung führten. Auf die jungen Aktivisten des subkulturellen Rechtsextremismus übt die MIÉP hingegen kaum Einfluss aus. Gleichwohl demonstrierte Csúrkó nach dem Niedergang seiner Partei auf der Straße, beispielsweise bei den gewalttätigen Protesten vom Oktober 2006.<sup>48</sup> Die MIÉP ist auch in der öffentlichen Wahrnehmung marginalisiert und dürfte zukünftig keine Rolle mehr spielen.

Die kurzzeitige Schwächung des Rechtsextremismus beruhte auch auf der „Aufsugstrategie“ der Großpartei Fidesz. Diese trachtete schon in ihrer Regierungszeit (1998 bis 2002) danach, die Einheit des nationalen Lagers herzustellen und eine Abgrenzung zu den Sozialisten vorzunehmen. Damit marginalisierte sie die agrarpopulistische Unabhängige Kleinlandwirte-, Landarbeiter- und Bürgerpartei (Független Kisgazda, Földmunkás és Polgári Párt), die bis zur Parlamentswahl von 2002 fester Bestandteil des Parlaments war. Bei der ersten Wahl von 1990 erzielte sie 11,7 Prozent, 1994 8,8 Prozent, 1998 sogar 13,1 Prozent. Nach der Wahl von 1998 und auf dem Zenit ihres Erfolgs partizipierte sie an der Fidesz-Regierung,<sup>49</sup> musste sich aber schnell der politischen Realität beugen. Minister wurden ausgetauscht, die einst unantastbare Führungsfigur Torgyán kam wegen dubioser finanzieller Transaktionen massiv unter Beschuss. Parteiabspaltungen nach Ausschlüssen aus der Partei führten zu einer Zerreißprobe. Bei der Wahl von 2002 fielen die Kleinlandwirte in die Bedeutungslosigkeit. Die Landesliste erzielte 0,75 Prozent und erreichte damit einen historischen Tiefpunkt. Gleichwohl existiert die Stadt-Land-Konfliktlinie auch nach dem Niedergang der agrarisch geprägten Partei fort<sup>50</sup> und kommt in der Posttransformationsphase dem Rechtsextremismus zugute.

Nach der im Herbst 2006 begonnenen Glaubwürdigkeitskrise für die gesamte ungarische Politik konnte sich der parteiförmige wie der subkulturelle Rechtsextremismus neu formieren. Mit der Strategie des einigenden Bandes formierte sich die Jobbik neu und losgelöst von der MIÉP. Im März 2007 meldete sie die Ungarische Garde an, um die Jugend auf „außergewöhnliche Situationen“ vor-

47 Vgl. o. A., Az Országos Választási Bizottság közleménye az országgyűlési képviselők 2006. évi választásának eredményéről [Mitteilung der staatlichen Wahlkommission über die Verteilung der Parlamentsmandate bei den Parlamentswahlen 2006], auf [www.valasztas.hu/parval2006/esz/esz\\_hu/ovbk\\_ind.htm](http://www.valasztas.hu/parval2006/esz/esz_hu/ovbk_ind.htm) (Stand: 17.2.2010).

48 Vgl. András Bozóki/Borbála Kriza, Party system and political discourse. The semi-loyal parties. In: Péter Sándor/László Vass (Hg.), Magyarország politikai évkönyve 2001-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns 2001], Band 1, Budapest 2002, o. S.

49 In der Regierungszeit Viktor Orbáns (1998 bis 2002) hatte die Torgyán-Partei drei Ministerien (Landwirtschaft, Verteidigung und Umweltschutz) inne. Ihr Erfolg mobilisierte: Im Jahr 2000 stellte die Partei mit 120 000 Mitgliedern deutlich die höchste Zahl, weit mehr als alle anderen Parteien in Ungarn zusammen.

50 Regionale Disparitäten prägen die politische Kultur des Landes mit.

zubereiten. Bis zu 2 500 Mitglieder konnte die Garde auf sich „vereidigen“. Drahtzieher der doppelten Bewegung ist Gábor Vona, Vorsitzender der Jobbik-Partei wie der Garde. Die Jobbik trat bei der Europawahl von 2009 eigenständig an und wurde mit 14,8 Prozent der Stimmen drittstärkste Kraft. So zeichnet sich eine Etablierung der Jobbik im ungarischen Parteienwettbewerb ab; die deutliche Bestätigung des Ergebnisses bei der Parlamentswahl vom April 2010 lässt eine Etablierung erkennen. Die sensationelle Entwicklung hängt unmittelbar mit dem allgemeinen Ursachenbündel zusammen, das schwer auf der gesamten Politik und Gesellschaft lastet.

Der Linksextremismus hat davon bislang kaum profitiert – auch deshalb, weil es der MSZP gelang, alte Kader zu integrieren. Der dogmatische Kommunismus entfaltete in Ungarn nach der Tragödie von 1956 und aufgrund der westlichen Ausrichtung schon im Sozialismus kaum Wirkung. Die von der MSZP als orthodoxe Fraktion abgespaltene Ungarische Arbeiterpartei (MP) kam bei der Parlamentswahl von 2002 nur auf 2,16 Prozent. Sie erzielte in den alten Industriestädten des nordöstlichen Komitats Nógrád den größten Erfolg: In Salgótarján holte sie 10,05, in Pásztó 7,7 und in Szécsény 5,71 Prozent.<sup>51</sup> Bei der Parlamentswahl von 2006 konnte die gesellschaftlich völlig isolierte Partei in vielen Bezirken keine Kandidaten finden und erreichte nur 0,41 Prozent der Stimmen.

## V. Der Aufstieg der Jobbik

Den geistigen Grundstein für die heutige Garde legte die Rechte Jugendgemeinschaft (Jobboldali Ifjúsági Közösség, kurz Jobbik<sup>52</sup>). Diese riefen Universitätsstudenten 1999 aus Frustration über die politischen Eliten ins Leben. Die Jobbik formierte sich im Oktober 2003 zu einer gleichnamigen Partei, die mit dezidiertem System- und Gesellschaftskritik hervortritt. Ihren Radikalismus sieht die „neue soziale Bewegung“ durch ihre Methodik legitimiert, nach der sie „die richtigen Fragen stelle und die richtigen Lösungen bereithalte“. Ihr Zukunftsbild bildet die Ideologie „eines moralisch erneuerten, im Sinne der Nation denkenden und handelnden Ungarntums“, das die ganze ungarische Nation vereinen solle. In der ungarischen Politik dominierten Worte, nicht Taten, heißt es im Gründungsdokument.<sup>53</sup>

Das taktische Bündnis mit der MIÉP bei der Parlamentswahl von 2006 blieb erfolglos; es erreichte 2,2 Prozent der Stimmen und zerstritt sich anschließend.

51 Vgl. [www.vokscentrum.hu/valaszt/valeredm.php?mszkod=112401&evvalaszt=2002&lvford=](http://www.vokscentrum.hu/valaszt/valeredm.php?mszkod=112401&evvalaszt=2002&lvford=) (Stand: 16.4.2009).

52 Der Name hat zwei Bedeutungen (Steigerungsform von „gut“ und „rechts“), ist also ein Wortspiel mit Tiefsinn.

53 Vgl. Jobbik Magyarország alapító nyilatkozat (Gründungsurkunde von Jobbik Ungarn vom 24.10.2003), <http://jobbik.hu/modules.php?name=Content&pa=showpage&pid=11> (Stand: 25.1.2010).

Die Jobbik beansprucht nun, das Rechtsaußenlager allein zu repräsentieren. Strategisch stärkte sie ihre Position, indem sie eine Art paramilitärische Organisation, die Ungarische Garde, ins Leben rief. Der Parteivorsitzende Gábor Vona, ein 29 Jahre alter, aus einer traditionellen Bauernfamilie stammender Akademiker, wurde Führer der Gardisten. Vona studierte an der Loránd-Eötvös-Universität Geschichte und Psychologie und engagierte sich in der ungarischen Studentenschaft. Er gehörte dem Bürgerkreis „Bündnis für die Nation“ an, den Orbán persönlich ins Leben rief. An Vonas staatlicher Hochschule lehrt die Dozentin Krisztina Morvai Strafrecht. Sie wurde kurz vor der Europawahl 2009 überraschend Spitzenkandidatin (ohne Parteimitgliedschaft). Dieser Coup bescherte der Partei mit 15 Prozent weit mehr Stimmen, als ihr alle Prognosen prophezeit hatten. Ihre Wähler fand die Jobbik auch in den Reihen enttäuschter Anhänger der Sozialisten. Dabei schürte die Partei nicht nur Ressentiments, sondern trat zugleich mit Botschaften wie „Ungarn den Ungarn“ hervor. Bei der konstituierenden Sitzung im Europäischen Parlament erschien ein neugewählter Jobbik-Abgeordneter in einer Uniform der Garde.

Krisztina Morvai, eine 1963 in Budapest geborene, attraktive Frau stand im Mittelpunkt der Wahlkampagne, verschaffte der Partei Reputation und einen akzentuiert-weiblichen Farbtupfer. Morvai gilt als „Frauenrechtlerin“: Sie arbeitete von 2003 bis 2006 im Sachverständigenausschuss der Vereinten Nationen zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen. Unter dem Titel „Terror in der Familie“ veröffentlichte sie eine Studie über häusliche Gewalt in Ungarn. Doch ist sie keineswegs als gemäßigt einzustufen. Mit ihrer exponierten Kandidatur symbolisierte sie den Schulterchluss von parteiförmigem und subkulturellem Rechtsextremismus. Gardisten flankierten wiederholt die öffentlichen Auftritte Morvais, die mit einem Fernsehjournalisten verheiratet ist. Aus ihrer mittlerweile extremistischen Gesinnung macht sie kein Hehl. Unmittelbar nach der Europawahl äußerte sie: „Wir haben einen Traum – Ungarn den Ungarn, dass unsere Heimat kein zweites Palästina wird, nicht verarmt und zu einer Kolonie verkommt.“ Noch am Wahlabend hatte Parteichef Gábor Vona den Erfolg seiner Partei mit dem „Triumph palästinensischer Partisanen gegen israelische Helikopter“<sup>54</sup> verglichen.

Die Jobbik beschreibt sich selbst als eine „prinzipentreue, konservative, radikal patriotische, christliche Partei, deren fundamentales Ziel der Schutz ungarischer Werte und Interessen“ ist. Entgegen dieser Selbstdarstellung ist sie mit Parolen wie „Ungarn gehört den Ungarn“ rechtsextremistisch, romafeindlich und antisemitisch ausgerichtet. Jobbik knüpft an das omnipräsente Trauma von Trianon an und fordert die Wiederherstellung der Grenzen Großungarns von vor 1919. Distanzierungen davon gibt es innerhalb der Partei kaum. Besonderen

54 Zitiert nach Carsten Hübner, Rechtsextremismus auf dem Vormarsch. Analyse der Europawahl 2009. In: Bundeszentrale für politische Bildung online vom 9.6.2009, Thema Rechtsextremismus, [http://www1.bpb.de/themen/NWJKT3,0,Europas\\_Rechtspopulisten\\_auf\\_dem\\_Vormarsch.html](http://www1.bpb.de/themen/NWJKT3,0,Europas_Rechtspopulisten_auf_dem_Vormarsch.html) (Stand: 17.1.2010).



Argwohn hegt der antisemitisch gesinnte Vona gegenüber dem Judentum: „Die Ungarische Garde war noch gar nicht gegründet, da hat der Jüdische Weltkongress bereits einen Brief an den ungarischen Ministerpräsidenten verfasst, damit dieser verhindern sollte, dass die Garde überhaupt gegründet wird. So viel ich weiß, ist dieser Vorgang in der Geschichte einmalig. Noch nicht einmal während des Zweiten Weltkrieges gab es einen derartigen direkten und öffentlichen Versuch des organisierten Judentums, sich in die inneren Angelegenheiten eines Landes einzumischen.“<sup>55</sup> Die Jobbik distanzierte sich erst von Holocaustleugnern unter den eigenen Anhängern, nachdem ca. 200 Neonationalsozialisten im April 2009 vor der deutschen Botschaft in Budapest eine Demonstration abgehalten hatten.

Für die Jobbik ist aber der Hass auf die Roma noch bedeutender: Das zentrale Problem des ungarischen Volkes stellen nach Vona die „hiesigen Zigeuner“ dar, und zwar „wegen deren äußerst unverhältnismäßig großer Kriminalitätsrate und der bei ihnen ausgeprägte[n] Arbeitsunwilligkeit.“<sup>56</sup> Damit werden die Roma aus der ungarischen Nation exkludiert, was nicht nur bei den für den Rechtsextremismus besonders anfälligen Modernisierungsverlierern auf Zustimmung stößt. Die Jobbik, die auch Kontakte zum Ausland pflegt,<sup>57</sup> greift auf tradierte wie neu belebte Ressentiments wie die Romaphobie und antiintellektuelle Vorurteile zurück. Sie weckt Assoziationen zum Faschismus der Vergangenheit, indem sie zum Beispiel ein Denkmal für Miklós Horthy fordert. Sie will die Todesstrafe einführen und mit einer „Zigeunerpolizei“ alle Obdachlosen aus der Öffentlichkeit entfernen.

## VI. Subkultureller Rechtsextremismus

Der subkulturelle Rechtsextremismus ist in erster Linie kein unmittelbares Transformationsphänomen, sondern Produkt der Posttransformation. Gewalttätige Straßenproteste sowie das Auftauchen paramilitärischer Vereinigungen seit dem Herbst 2006 indizieren das sprunghafte, „nach außen“ sichtbare Wachsen des Protestpotentials anderthalb Jahrzehnte nach dem Systemwechsel. Der subkulturelle Rechtsextremismus entwickelt sich mehr und mehr zu einer ernsthaften Bedrohung der liberalen Demokratie. Die feierliche Gründung der Ungari-

55 „Ungarn schützen, das ist unser Ziel“, Interview mit Gábor Vona, dem Chef der ungarischen Garde. In: Deutsche Stimme, 32 (2008) 5, S. 9. Das Interview präsentiert die Jobbik auch auf dem deutschen Teil ihrer Homepage ([www.jobbik.hu](http://www.jobbik.hu); Stand: 17.2.2010).

56 „Ungarn schützen, das ist unser Ziel“, Interview mit Gábor Vona, dem Chef der ungarischen Garde. In: Deutsche Stimme, 32 (2008) 5, S. 9.

57 2008 besuchte eine Delegation der Partei Nick Griffin, den Chef der rassistischen British National Party, in Großbritannien.

schen Garde (Magyar Gárda)<sup>58</sup> fand mit der Vereidigung der ersten Mitglieder auf der Budapester Burg am 25. August 2007 statt. Rund 1 000 Sympathisanten und Anhänger kamen vor dem Amtssitz von Staatspräsident László Sólyom zusammen. Lajos Für, in der ersten postsozialistischen Regierung von 1990 bis 1994 Verteidigungsminister, händigte den Gardisten die Mitgliedsurkunde aus.<sup>59</sup>

Bei der Konstituierung wurde eine rot-weiß-rote Flagge gehisst, die an die Pfeilkreuzerbewegung der ungarischen Faschisten während des Zweiten Weltkriegs erinnert. Die Teilnehmer waren zum Teil in schwarze Uniformen gekleidet. Auch das Datum der Vereidigung schien nicht zufällig gewählt. Vor 1 100 Jahren schlug die ungarische Armee am 25. August in der Schlacht von Bratislava die Truppen des bayrischen Stammes vernichtend. Die Garde, die auch bei der Fidesz-Partei (wenn auch etwas spät) auf Ablehnung stieß, sucht mit ihrer Schwärmerei vom Ungarn in den Grenzen des alten Königreiches den Bezug zum Faschismus der Zwischenkriegszeit.

Am 15. Oktober 2006 ereignete sich in der nordostungarischen Gemeinde Olaszliszka ein tragisches Verbrechen. Der Lehrer Lajos Szögi fuhr mit seinem Wagen ein kleines Roma-Mädchen an. Dieses blieb unverletzt, doch in Windeseile formierte sich aus den umstehenden Roma ein blindwütiger Lynch-Mob, der den Lehrer an Ort und Stelle erschlug. Die Polizei nahm umgehend eine Reihe Verdächtiger fest, und drei der Täter wurden zu lebenslangen Gefängnisstrafen verurteilt, allerdings erst nach einem dreijährigen Prozess in einem denkbar komplizierten Verfahren. Die Jobbik nutzte den Vorfall und seine langwierige juristische Aufarbeitung kaltschnäuzig dazu aus, um das simplifizierende Schlagwort von der „Zigeunerkriminalität“ ins Spiel zu bringen. Der Slogan vermengte den schrecklichen und spektakulären Einzelmord mit der den Roma zugeschriebenen Kleinkriminalität. Vor allem im ländlichen Raum verstärkte sich dadurch der Zulauf zur Garde enorm. Ihr Anführer Gábor Vona äußerte in einem Interview mit der Deutschen Stimme, dem Parteiorgan der deutschen NPD,<sup>60</sup> über den Zweck der Garde: Ungarn sei „physisch, seelisch und auch geistig/geistlich“ zu schützen. Die Ungarische Garde sei „eine Bewegung auf der

58 Die Ungarische Garde ist der Namenbezeichnung nach bereits die fünfte seit 1990. Mit den Vorgängern ist diese aber nicht zu vergleichen, da in den früheren Garden zwei bis drei Dutzend junge Männer aktiv waren. Die „Vorläufergarden“ verschwanden schnell von der Bildfläche.

59 Dessen Wut, im weiteren Sinne „mitverantwortlich“ für die Gründung der Garde, hängt mit den jüngsten Militärreformen der MSZP-Regierung zusammen. Nach der zwischen 2004 und 2006 durchgeführten Reform wurde die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft und eine Berufsarmee mit ca. 40 000 Mann eingeführt. Die Garde glaubt nun, als Kompensation eine allgemein „Schutzfunktion“ ausüben zu müssen.

60 Das Gespräch führte er am 28. März mit dem deutschen Diplompsychologen und stellvertretenden NPD-Kreisvorsitzenden von Köln Benedikt Frings in Budapest. Dieser nahm an einer Konferenz „zur Erforschung des Holocaust“ vom Dezember 2006 in Teheran teil, beklagt regelmäßig eine „Schuldneurose des deutschen Volkes“ und sieht die Anschläge des 11. September 2001 als „inside job“ der USA an.

Grundlage von christlichen Grundwerten.“ „Ungar-Sein“ und „Christ-Sein“ gingen Hand in Hand.

Die Protestwelle des Herbst 2006 beeinflusst bis heute den subkulturellen Rechtsextremismus nachhaltig: Neben der Jobbik sind andere rechtsextremistische Gruppierungen involviert. Traditionell verlaufen die Stränge der „freien Kräfte“ im Rechtsextremismus nebeneinander. An den Straßenprotesten im Herbst 2006 nahmen unterschiedliche Gruppierungen teil, so die rechtsextremistische Großungarn-Organisation 64 vármegye (64 Komitate),<sup>61</sup> eine Jugendvereinigung. Ihr Wortführer László Toroczkai<sup>62</sup> suchte unmittelbar nach Bekanntwerden der „Lügenrede“ mediale Aufmerksamkeit. Als ihm das öffentlich-rechtliche Fernsehen nicht gestattete, den an die Regierung gerichteten Rücktrittsaufruf zu verlesen, sammelte er einen Teil der Demonstranten auf dem Szabadság-Platz vor dem Rundfunkgebäude um sich. Einige hundert Personen – neben Mitgliedern von rechtsextremistischen Organisationen Hooligans eines Fußballclubs<sup>63</sup> – stürmten abends das Fernsehgebäude, was zu einer ein- und einhalbstündigen Sendeunterbrechung und Sachschäden in Höhe von über 100 000 Euro führte. In den folgenden Nächten kam es vor dem MSZP-Sitz auf dem Köztársaság-Platz erneut zu Krawallen mit der Polizei.<sup>64</sup>

Der nationale Radikalismus gewann mit der Gründung der Jobbik neuen Schwung, Initiativfähigkeit und Stärkung. Die akademischen Wurzeln der Jobbik-Bewegung sorgen für einen breiten inhaltlichen Überbau. So werden historische Ereignisse bewusst instrumentalisiert, zuletzt am 15. März 2008, dem 160-jährigen Gedenken an die 1848er Revolution und den Freiheitskampf gegen die Habsburger. Rechtsextremismus in Ungarn ist kein Unterschichten- oder Randgruppenphänomen, obwohl die Gewalt der jüngsten Zeit mehrheitlich sozi-

61 Wie der Name besagt, kämpft die Organisation für das Großungarn vor dem Trianon-Vertrag von 1920.

62 In Februar 2010 wurde Toroczkai vom Budapester Amtsgericht vom Vorwurf freigesprochen, am 18. September 2006 den Angriff auf das Gebäude des Ungarischen Fernsehens auf dem Szabadság tér organisiert zu haben. Das Budapester Polizeikommissariat hatte auf Erstattung seiner Schäden in Höhe von 10 Mio. Forint bei den Ausschreitungen geklagt. Das Gericht stellte allerdings fest, dass Toroczkai trotz seiner Aufrufe an die auf dem Kossuth tér versammelten Demonstranten, zum Szabadság tér zu ziehen, nicht für den Schaden verantwortlich gemacht werden könne. Ein solcher Aufruf allein gelte nicht als „Organisierung“.

63 Der einst erfolgreiche Traditionsverein Ferencváros Budapest, im Volksmund Fradi genannt, musste aufgrund finanzieller Misswirtschaft 2006 zwangsversteigert werden, schaffte im Mai 2009 aber den Wiederaufstieg. Bei einem Freundschaftsspiel gegen den deutschen Verein Hertha BSC Berlin im Juli 2009 gingen Hooligans auf die mitgereisten Fans los, ohne dass Sicherheitskräfte einschritten. In seinen Reihen duldet der Verein Hooligans, die seit Jahren antisemitische Hetzparolen wie „Juden in die Gaskammern“ skandieren. Darüber hinaus spielt die Karte „Großungarns“ eine besondere Rolle. Vor dem Systemwechsel galt der Verein als „leicht-oppositionell“, da er von staatlicher Seite nicht unterstützt wurde.

64 Vgl. Thomas von Ahn, Demokratie oder Straße? Fragile Stabilität in Ungarn. In: Osteuropa, 56 (2006) 10, S. 89–103, hier 94.

al Deklassierte verüben. Die Entstehung der Ungarischen Garde kann einerseits als „absurdes Theater“, andererseits als Symptom für den erstarkten, ernst zu nehmenden Rechtsextremismus interpretiert werden.<sup>65</sup> Allerdings ist die Garde kein in sich homogener Block. Im Herbst 2008 traten interne Rivalitäten zum Vorschein, Gerüchte von der Spaltung der Garde machten die Runde.

Ihre Gründung legitimierte die Garde aktuell-politisch mit der Notwendigkeit, die verhasste MSZP-Regierung zu „verjagen“. Zu Kundgebungen und Demonstrationen marschierte die „Ungarische Garde“ durch Roma-Viertel wie Olaszliszke, Kerepes, Tatárszentgyörgy und verbreitete Schrecken bei der Minderheit. Auch deshalb wurde im August 2007 bei der Staatsanwaltschaft Budapest ein Verbotverfahren eingeleitet. Im Juli 2009 löste das Budapester Berufungsgericht die Garde beziehungsweise ihren Trägerverein, den „Traditions- und Kulturverein Ungarische Garde“, rechtskräftig auf. Dessen Aktivitäten – darunter auf Einschüchterung angelegte Aufmärsche in Roma-Siedlungen – „gehen mit der Verletzung des Rechts auf menschliche Würde, Gleichheit und Freiheit der in Ungarn heimischen Volksgruppe (Minderheit) der Roma einher“, hieß es in dem wegweisenden Urteil. Damit bestätigte das Berufungsgericht das erstinstanzliche Verbot des Trägervereins der Garde vom Dezember 2007. In der Begründung hieß es, die Aktivitäten der Garde hätten die Rechte einer Vereinigung im Sinne des Vereinsgesetzes übertreten und die bürgerlichen Rechte der Roma beeinträchtigt. Als Folge des Verbots hatten mehrere tausend Anhänger am 11. Juli 2009 in Budapest die „Wiederbelebung“ der Ungarischen Garde in Form einer „Bewegung“ verkündet. Die Polizei löste die nicht angemeldete Kundgebung auf, nachdem die Demonstranten mit Gegenständen geworfen hatten. Die Polizei, die auch Pfefferspray einsetzte, nahm Gábor Vona, den Anführer von Jobbik und Garde, fest, was auch – propagandistisch verwertbar – auf Kameras festgehalten wurde. Vona gelangte nach einigen Stunden wieder auf freien Fuß. Die Problematik der Garde dürfte weiterhin virulent bleiben. Das Verbot sichert ihr einen Märtyrerstatus im eigenen Lager. In der Provinz zeigt sich die Garde zudem unverändert bei Vereidigungen, Kranzniederlegungen und Dorfjubiläen. Zuletzt entstand auch eine „Gendarmerie“ in Anlehnung an die kasernierte Landpolizei der Zwischenkriegszeit.

---

65 So Michael Ehrke/János Molnár, Die Ungarische Garde – Trachtengruppe oder neue SS?, Kurzanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung Budapest, <http://www.fesbp.hu/ger/first.htm> (Stand: 18.1.2010).

## VII. Fazit

Angesichts des späten Zeitpunktes der ungarischen Krise scheint es falsch, von Transformationspopulismus<sup>66</sup> oder -rechtsextremismus zu sprechen. Die weitere Forschung steht vor der anspruchsvollen Aufgabe, länderspezifisch eine fundierte Antwort auf die Frage nach Kurz- oder Langfristigkeit dieser Posttransformationsphänomene zu geben. Die Besonderheiten des Postsozialismus erklären zwei Jahrzehnte nach der Transformation nämlich keineswegs den Zuspruch für den Rechtsextremismus in Ungarn. Die Ursachen dafür sind eher in der Unfähigkeit zur diskursiven Konsensbildung zu finden, die alte Gräben wieder zum Vorschein bringt – Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremisten. An dieser Entwicklung trägt die extreme Polarisierung der Großparteien, die ein antiextremistisches Vorgehen unmöglich macht, eine gehörige Portion Mitschuld. Insbesondere die nationalpopulistische Fidesz-Partei grenzt sich in ihrer Antipathie gegenüber dem Sozialisten Orbán kaum von der Jobbik ab, koalitiert auf kommunaler Ebene sogar mit ihr. Im Umgang mit dem Rechtsextremismus legt die Partei kaum Skrupel an den Tag und tut zudem wenig, um Ressentiments gegenüber den Roma und andere Stereotype aufklärerisch zu entkräften.

Die Unzufriedenheit mit dem politischen Establishment hat sich in Ungarn in einem Maße gesteigert wie in keinem anderen osteuropäischen Land.<sup>67</sup> Ungarn verfügt dagegen über eines der liberalsten Versammlungsrechte Europas. Das Konzept der „wehrhaften Demokratie“ ist auch 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nicht in der Gesellschaft verankert. Die Jobbik scheint sich unter diesen Rahmenbedingungen als rechtsextremistische Kraft fest zu etablieren. Milieustudien könnten Klarheit über die Hintergründe bringen und die Frage klären, ob eine „normale Pathologie“<sup>68</sup> der ungarischen Gesellschaft oder ein Aufstand gegen den Individualismus vorherrscht. Analytisch ist das Unterfangen, den Rechtsextremismus zu erklären, keineswegs einfach, insbesondere aufgrund der starken Polarisierung, die tief in der Gesellschaft wurzelt.

Den „Bewegungsrechtsextremismus“ um die Jobbik bilden vornehmlich junge, nicht nur ungebildete Männer, die zu historischen oder aktuellen Anlässen aufmarschieren. Er trägt Züge einer „neuen sozialen Bewegung“ mit einem his-

66 Das tut für den ostmitteleuropäischen Raum, Ungarn eingeschlossen, Marianne Kneuer. Vgl. dies., Die Stabilität populistischer Regierungen am Beispiel der slowakischen HZDS: Wechselwirkungen innen- und außenpolitischer Prozesse. In: Susanne Frölich-Steffen/Lars Rensmann (Hg.), Populisten an der Macht: Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa, Wien 2005, S. 149–171, hier 168.

67 Vgl. György Folk, Right-wing extremism in Hungary. Bericht einer vergleichenden Umfrage des Political Capital vom Februar 2010, <http://waz.euobserver.com/887/29503/?rk=1> (Stand: 17.2.2010).

68 Die Begrifflichkeit wurde in den späten 1960er Jahren gewählt, um den zeitgenössischen Rechtsextremismus in den westlichen (Industrie-)Gesellschaften zu erklären. Vgl. Erwin K. Scheuch/Hans D. Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 12 (1967), S. 11–19, hier 12.

torisch-symbolischen Rahmen wie beispielweise der rot-weiß-roten Fahne. Er stilisiert sich zum Retter in der Not und benennt Schuldige. Neue soziale Bewegungen protestieren grundsätzlich in Form einer „plebejischen Bewegung“ gegen die Moderne.<sup>69</sup> Dieser Umstand erklärt auch die weitreichenden historischen Rückgriffe im ungarischen Rechtsextremismus. Damit zeigt sich, dass die schnelle Demokratiekonsolidierung des Landes zumindest auf eine harte Probe gestellt, wenn nicht gar ernsthaft herausgefordert ist. Der Rechtsextremismus ist mit der Jobbik jedenfalls in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Seine Resonanz belegt symptomatisch, wie wenig ein gesellschaftlicher wie politischer Konsens in Fragen der Geschichte und Gegenwart besteht. Die politisch wie wissenschaftlich viel gebrauchte Wendung von der gelungenen Transformation dürfte nach den Parlamentswahlen von 2010 an Attraktivität verlieren.

---

69 Vgl. dazu Claus Leggewie, Rechtsextremismus – eine neue soziale Bewegung? In: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 325–338.